Antwort von der FDP
auf die Wahlanfrage von Aktion Kinderwunsch e.V. vom 22.07.2009

„Gerade in Zeiten, in denen die Geburtenraten so stark zurückgehen wie heute, ist es umso bedauerlicher, dass es viele Paare gibt, die einen großen Kinderwunsch hegen, der sich ihnen aber nicht erfüllt. Sie leben oft in einer Atmosphäre enttäuschter Hoffnungen und Erwartungen. Die FDP misst der Familienpolitik insgesamt einen großen Stellenwert zu. Ziel ist es, familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingen zu schaffen, die mehr Menschen dazu ermutigt, sich Kinder als Teil ihres Lebens zu wünschen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern sind die Erfolgsaussichten der künstlichen Befruchtung in Deutschland aufgrund anderer rechtlicher Rahmenbedingungen geringer. Die FDP will eine Debatte darüber anstoßen, wie die Erfolgsaussichten der künstlichen Befruchtung erhöht werden können, da eine höhere Anzahl von Wiederholungsversuchen für Paare in jeder Hinsicht eine starke Belastung darstellt.

Die Haushaltslage der öffentlichen Haushalte sowie der gesetzlichen Krankenkassen ist z. Z. sehr stark angespannt. Zunächst will die FDP in einem Kassensturz alle Aufgaben und Ausgaben des Bundes auf den Prüfstand stellen. Die FDP vertritt die Auffassung, dass Leistungen zur künstlichen Befruchtung nicht allein Aufgabe der Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung sein können. Einige Politiker fordern eine finanzielle Förderung der künstlichen Befruchtung, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Die FDP will eine Diskussion führen, ob und wieweit das gesamtgesellschaftliche Interesse an einer Erhöhung der Geburtenrate es rechtfertigt, auch in einer Zeit dramatischer Haushaltsdefizite für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen.

Die Haltung der FDP ist geprägt von einem humanitären Menschenbild. Dazu gehört für uns neben der Unterstützung von Eltern bei der Entscheidung, ein behindertes Kind zur Welt zu bringen, auch die Frage, ob man Paare mit Kinderwunsch, bei denen es sehr hohe genetische Risiken gibt, zwingt, ins Ausland zu gehen, um eine Präimplantationsdiagnostik durchführen zu lassen. In diesen für alle Beteiligten außerordentlich belastenden Einzelfällen sollte unter bestimmten Bedingungen und strengen Vorschriften wie z. B. dem Erfordernis eines positiven Votums einer Ethikkommission und einer eingehenden Beratung der Eltern eine solche Untersuchung auch hier zugelassen werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der FDP hat bisher leider keine Mehrheit im Parlament gefunden. Hieran wird die FDP in der nächsten Legislaturperiode weiter arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Niebel MdB
Generalsekretär der Freien Demokratischen
Partei
Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de“